

25/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Heiner Geißler

Der Kurs der SPD bleibt unklar

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Anträgen für den SPD-Parteitag

Die SPD ist sechs Jahre in der Opposition. Sie ist zu eindeutigen politischen Aussagen nicht in der Lage und hat die politische und geistige Erneuerung noch nicht bewältigt. Auch der Parteitag in Münster leistet dazu keinen Beitrag. Die SPD legt kein wirkliches Erneuerungsprogramm vor. Sie tritt inhaltlich auf der Stelle. Die rein administrative Führung der SPD durch ihren Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel und die Abhängigkeit von den Gewerkschaften verhindern die notwendige Neuorientierung der SPD. Deshalb ist die SPD weder koalitions- noch regierungsfähig, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler auf einer Pressekonferenz in Bonn.

- So wie sich die SPD zu Beginn der 80er Jahre durch falsche sicherheitspolitische Konzepte in der westlichen Welt isoliert hat, so setzt sie auch heute in der Sicherheitspolitik falsche Prioritäten.
- Die SPD ist hin- und hergerissen, ob sie eine Gewerkschafts-Partei oder eine moderne Volkspartei sein will.
- Die SPD beschränkt sich in der Wirtschaftspolitik auf ihre alten Konzepte und formuliert absichtsvoll falsche Wirtschaftsprognosen.
- Die SPD verzichtet in der Finanz- und Steuerpolitik auf ein geschlossenes Konzept und gibt zu, daß ihr bisheriges Programm überholt ist.
- Die SPD hat in der Energiepolitik immer noch keine klare Linie. Die einen wollen aus der

HEUTE AKTUELL

● Geiseldrama:

Die Polizei mußte in einem politischen Klima der Verunsicherung arbeiten. Helmut Kohl und Heiner Geißler rügen die Rechtspolitik in SPD regierten Bundesländern. Das Präsidium der CDU verlangt eine schungslose Aufklärung der Vorgänge, die zu dem blutigen Ausgang des Geiseldramas geführt haben. Ab Seite 8

● Umweltschutz

Klaus Töpfer zieht eine Bilanz seiner bisherigen Arbeit: Wir sind ein gutes Stück vorangekommen! Seite 11

● Energie

Gerhard Stoltenberg: Die energiepolitischen Pläne der Kieler SPD-Regierung führen in die Sackgasse. Seite 17

● Dokumentation

Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr. Eine wichtige Arbeitsgrundlage des CDU-Bundesfachausschuß Verkehrspolitik. Grüner Teil

Kernenergie überhaupt nicht aussteigen, andere wollen in den Ausstieg einsteigen, ohne den Zeitpunkt genau festzulegen, andere wollen sofort aussteigen.

Wie bei diesem Zustand der SPD Anke Fuchs eine „Fortschrittsmehrheit“ organisieren will, bleibt ihr Geheimnis. Eine solche Politik wird gerade für eine Rückschriftpolitik ausreichen.

I. Sicherheitspolitik

Die Dynamik des West-Ost-Dialoges geht völlig an der SPD vorbei. Sie ist mit ihren außenpolitischen Sonderwegen im Westen isoliert und im Osten werden ihre Vorschläge nur verbal honoriert.

Auch der Leitantrag des SPD-Vorstandes zur Sicherheitspolitik spiegelt die Unsicherheit der SPD in ihrer Ost- und Sicherheitspolitik wider:

- Nicht die von den Sozialdemokraten in den Vordergrund gerückte nukleare Rüstung, sondern die konventionelle Rüstung wird heute übereinstimmend zwischen West und Ost als Kern des europäischen Sicherheitsproblems betrachtet, so wie dies die Bundesregierung seit Januar 1986 durch die gemeinsam mit Frankreich erhobene Forderung nach konventioneller Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural immer zum Ausdruck gebracht hat.

- Nicht die im SPD-Leitantrag vorgeschlagenen Schritte zu weiteren Null-Lösungen in der atomaren Abrüstung (Kurzstreckenraketen/Nuklear-Artillerie) bestimmen den Dialog mit den Staaten des Warschauer Paktes, sondern die von der Bundesregierung und den Bündnispartnern eingebrachten Vorschläge zur Reduzierung nuklearer und konventioneller Waffensysteme.

- Nicht die von der SPD seit Jahren propagierten einseitigen westlichen Abrüstungsschritte oder der westliche Verzicht

auf bestimmte Waffenkategorien oder auf deren Modernisierung haben zu Fortschritten in der Abrüstung geführt, sondern das von der Bundesregierung unterstützte westliche Prinzip, daß derjenige mehr abrüsten muß, der mehr hat — und dies ist der Warschauer Pakt.

Der sicherheitspolitische Leitantrag zum SPD-Parteitag ist aber nicht nur ein Dokument der verfehlten SPD-Abrüstungspolitik, sondern auch ein Beweis fehlenden politischen Mutes und mangelnder Durchsetzungskraft des Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel.

Der sicherheitspolitische Leitantrag zeigt, daß die SPD aus ihren Fehlern nichts lernt:

- Sie will nach wie vor dem Bündnis ihren Vorleistungskurs bei der Abrüstung aufdrängen, der mit der westlichen Sicherheit nicht vereinbar ist. Sie will „weitere Null-Lösungen“.

- Sie diskriminiert die Sicherung der westlichen Verteidigungsfähigkeit indirekt als Aggressionsfähigkeit, wenn sie davon spricht, daß die Streitkräfte so weit vermindert werden müssen, bis sie „strukturell zu einem Angriff unfähig sind“. In diese Betrachtung bezieht die SPD das westliche Bündnis mit ein.

- Während die SPD in einer Serie aufwendiger Veranstaltungen ihre Sympathie für die Bundeswehr bekundet, fordert SPD-Chef Hans-Jochen Vogel zugleich, die Stärke der Bundeswehr zu verringern. Vogel unterbreitet diesen Vorschlag, obwohl der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow vorsichtig andeutet, daß konventionelle Überlegenheiten des Ostblocks bestehen und daß über deren Abbau verhandelt werden könne. Auch hier wird deutlich, daß die SPD, wie in den Abrüstungsdiskussionen der vergangenen Jahre, keinen Beitrag zur Unterstützung der westlichen Verhandlungspositionen leistet. Selbst Friedens-

forscher und SPD-Mitglied Graf Baudissin hält den Vorschlag Vogels für „ein falsches Signal zur falschen Zeit“, und er sieht „die Substanz der NATO berührt“.

II. SPD – Gewerkschaftspartei oder moderne Volkspartei?

Der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Kurs der Sozialdemokraten ist weiter unklar. Die SPD hätte die Chance gehabt, eine vorurteilsfreie Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit vorzunehmen und politische Konsequenzen daraus zu ziehen. Die SPD akzeptiert nicht, daß bei Arbeitszeitverkürzung Arbeit und Lohn geteilt werden müssen, wenn neue Arbeitsplätze entstehen sollen, und leugnet die primäre Verantwortung der Tarifpartner für den Arbeitsmarkt. Die SPD hat sich in ihrem Leitantrag die Sprachregelung der IG Metall aufdrücken lassen, wenn sie erklärt, daß die wesentliche Verantwortung zur Überwindung der

Arbeitslosigkeit Arbeitgeber und Bundesregierung trügen und Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich kein Weg zur Verminderung der Arbeitslosigkeit darstellten.

Der SPD-Leitantrag trägt in seiner revidierten Fassung die Handschrift der Gewerkschaften, wenn festgestellt wird, daß „der jährlich zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum“ in der Tarifpolitik „nicht auf die Produktivitätszuwachsrate reduziert werden kann“. Wenn die SPD dies als Rezept für künftige Tarifverhandlungen ansieht, entstehen nicht nur keine neuen Arbeitsplätze, sondern es werden Arbeitsplätze vernichtet. Die SPD würde damit die Arbeitslosigkeit zementieren. Die Sorge um die Arbeitslosen reduziert sich so auf Parteidagsrhetorik.

Die SPD präsentiert sich nicht als moderne Volkspartei. Die IG Metall und eine immer größer werdende linke Mehrheit innerhalb der SPD unternimmt den Versuch, aus der SPD eine Klassenkampf- und Gewerkschaftspartei zu machen.

III. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD Die konjunkturpolitische Schwarzmalerei der SPD

Der dauernde Konjunkturpessimismus der SPD, wie er auch wieder im wirtschaftspolitischen Leitantrag festgehalten ist, eine ruinierte deutsche Wirtschaft steuere auf eine Stagnation oder gar Rezession zu, hat sich als falsch erwiesen.

Bei den jetzt vorliegenden Wachstums-erwartungen für 1988 von 2,5 bis 3 Prozent entlarven sich die absichtsvollen Panikprognosen der SPD selbst. Nicht der Aufschwung leidet an Atemnot, sondern allenfalls jene sozialdemokratischen

Konjunkturexperten wie Hans Apel und Wolfgang Roth. Zu der von der Regierung gestalteten Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs seit sechs Jahren hat die SPD keine wirtschaftspolitische Alternative entwickeln können.

● „Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland am Beginn des Jahres 1988 ist nach wie vor labil. Mit rund 2,3 Millionen Arbeitslosen und über 1 Million nicht registrierten Arbeitslosen gerät die Bundesrepublik Deutschland in

einen Konjunkturabschwung.“ (Antrag der Fraktion der SPD zur Lage auf dem Arbeitsmarkt vom 26. Mai 1988.)

● „Seit die außenwirtschaftliche Schönwetterperiode vorbei ist, leidet der Aufschwung an Atemnot, und jetzt geht ihm die Luft aus.“ (Antrag der Fraktion der SPD zur Lage auf dem Arbeitsmarkt vom 26. Mai 1988.)

● „Der Wirtschaftsminister will sein konjunkturpolitisches Nichtstun auch im kommenden Jahr durch rosarot gefärbte Projektionen verschleiern.“ („Die SPD im Deutschen Bundestag“, Nr. 136 vom 20. Januar 1988.)

● „Die wirtschaftlichen Aussichten für 1988 sind besorgniserregend. Die konjunkturelle Abschwächung signalisiert immer deutlicher die Gefahr einer Rezession.“ („Service der SPD für Presse, Funk, TV“, Nr. 15/88 vom 6. Januar 1988.)

● „Die Aufschwunglüge wird zum konjunkturellen Dauerschwindel. Obwohl die Konjunkturdaten nach unten zeigen, läßt Herr Bangemann seine schöngefärbten Wachstumsprophesien fortfsetzen.“ („Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion“, Ausgabe 1421 vom 6. August 1987.)

Angesichts der tatsächlichen Zahlen haben sich die Prognosen der SPD als falsch erwiesen. Die Wahrheit ist, daß nach übereinstimmender Auffassung von Sachverständigen aus Wissenschaft und Wirtschaft 1988 3 Prozent Wachstum zu erwarten sind, und das bei Preisstabilität, realen Einkommenszuwachsen für die Arbeitnehmer, steigenden Investitionen, guten Exportaussichten und weiter entstehenden neuen Arbeitsplätzen.

Steuer- und Finanzpolitik

In der Steuerpolitik gesteht die SPD das Scheitern ihres Konzepts, das der Partei-

Geißler-Zitate

... Zur Situation der SPD

„Vogel führt die SPD wie ein Klassenlehrer alten Stils, dem Betragen wichtiger ist als die Leistung. Deshalb hat die SPD die Noten ,Betragen gut — Rechnen schlecht' verdient“.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 23. 8. 1988)



„Der energiepolitische Zickzackkurs der SPD, der seit Jahren anhält, geht also auch nach dem Parteitag in Münster weiter. Niemand weiß: Ist es nun der Einstieg, der Ausstieg, der Umstieg oder der Durchstieg?“

(„General-Anzeiger“, Bonn vom 23. 8. 1988)



„Die SPD hat nichts dazugelernt. Sie will weiterhin die Belastbarkeit der Wirtschaft prüfen.“

(„Die Welt“ vom 23. 8. 1988)

vorstand am 25. April 1988 beschlossen hat, wegen einer „neuen Lage“ endlich ein. Das bisher von der SPD als Gegenkonzept propagierte Steuerprogramm ist damit überholt. Die SPD will zwar eine sofortige „Kurskorrektur in der Steuerpolitik“, ohne jedoch sagen zu können, wie diese aussehen soll. Die SPD vertagt ihr Steuerprogramm auf den nächsten Parteitag.

Doch nicht nur das Scheitern des aktuellen Steuerprogramms wird eingestanden. In Anträgen zur Steuerpolitik wird u. a. festgestellt:

„Die SPD verfügte in ihrer Regierungszeit über kein steuerpolitisches Konzept, das die Reformpolitik, die Krisenbekämpfung und die Mehrheitsfähigkeit abgesichert hätte. Statt dessen war die kalte Besteuerung der Arbeitnehmer/innen ein bequemer Weg, die not-

wendigen Haushaltsmehreinnahmen zu sichern.“

Die Unsicherheit der SPD wird deutlich, wenn es weiter heißt:

„Die Konzeptionslosigkeit zeigt sich darin, daß die Steuerpolitik weitgehend isoliert von anderen Politikbereichen abgehandelt wird; in ein Reformkonzept ist sie erkennbar nicht eingebunden.“

Eine Checkliste der SPD-Steuererhöhungspläne

Ein Ziel einer künftigen SPD-Steuerpolitik scheint jedoch auch in Zukunft unverändert festzustehen, nämlich mittels Steuern „Mehreinnahmen sicherzustellen“. Diese Strategie ist nicht neu. In den vergangenen zwei Jahren sind in der SPD offiziell insgesamt 44 (in Worten: vierundvierzig) unterschiedliche Steuer- und Abgabenerhöhungspläne vorgelegt worden:

- Rücknahme der Steuererleichterungen aus der bisherigen Steuerreform der CDU/CSU-geführten Bundesregierung;
- Verstärkung der Progression in der Einkommensteuer;
- Anhebung des Spitzesteuersatzes auf 65 Prozent;
- Abbau des Ehegattensplittings;
- Abschaffung der Kinderfreibeträge;
- Solidaropfer öffentlicher Dienst;
- „Solidarsteuer“ in Höhe von 10 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer;
- Steuer auf „leistungslose Geldanlagen (auch: „Abschöpfung unproduktiven Kapitalvermögens“);
- „scharfe Besteuerung“ der aus Entwicklungsländern rückgeführten privaten Gewinne;
- Produktsteuer;
- „Spekulationssteuer“;
- Einführung einer befristeten Ergänzungsabgabe;
- Arbeitsmarktabgabe auch für Beamte und Selbständige;

- Ausbildungsplatzabgabe, Berufsbildungsabgabe;
- Sonderabgabe Arbeit und Umwelt (auch Umweltabgabe);
- Altlastenfonds in Form einer Umlagefinanzierung;
- „besondere Steuern und Abgaben auf umweltfeindliche Produktionsverfahren und Produkte“;
- Entgiftungssteuer;
- Grundwasserabgabe;
- Abwasserabgabe;
- Schwerelabgabe;
- Pestizidsteuer;
- Stickstoffabgabe;
- Lärmabgabe;
- Abfallabgabe;
- Altölabgabe;
- Abgabe auf den Energieverbrauch;
- Abgabe auf Stickoxyde in Kraftwerken;
- Rohstoffsteuer;
- Verpackungsabgabe;
- „Waldfennig“;
- Einführung einer Bodenwert-Zuwachssteuer ohne Veräußerungsfrist;

Die Doppelzüngigkeit der SPD

Das Präsidium der CDU hat sich am 23. August 1988 in Bonn mit den SPD-Plänen befaßt, die Energiesteuern von derzeit rund 43 Milliarden Mark auf 80 Milliarden Mark zu erhöhen. Diese Pläne sind für das CDU-Präsidium Beweis der Doppelzüngigkeit und Unglaublichkeit der SPD, nachdem die Sozialdemokraten wochenlang die im Rahmen der Steuerreform mit einem Gesamtentlastungsvolumen von brutto etwa 70 Mrd. DM geplante maßvolle Anhebung indirekter Verbrauchssteuern um ca. 9 Mrd. Mark heftig attackiert und als unsozial kritisiert hat.

- Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler (z. B. Ärzte, Steuerberater, Rechtsanwälte usw.);
- Wertschöpfungsabgabe (= Maschinensteuer);
- Erzeugerabgabe in der Landwirtschaft;
- Abgabe auf Umsatz und Gewinn;
- Anhebung der Mineralölsteuer und anderer spezieller Verbrauchssteuern;
- Verschärfung der Vermögensteuer;
- Erhöhung der Strom- und Wassertarife;
- Zuschlag auf die Einheitswerte;
- Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Strom;
- „Revitalisierung“ (= Erhöhung) der Gewerbesteuer; Verbrauchssteuer auf „Luxusgüter“;
- schärfere Besteuerung der sog. „windfall profits“, der Gewinne aus der heimischen Erdölproduktion.

Daraus ergibt sich eindeutig: Von der SPD haben die Bürger Steuer- und Abgabenerhöhungen, aber keine nennenswerten Steuersenkungen zu erwarten. Die SPD hat nichts dazugelernt. Sie will weiterhin die Belastbarkeit der Wirtschaft prüfen und damit die Leistungs- und Einsatzbereitschaft von Arbeitnehmern und Unternehmern behindern.

Die SPD kritisiert die Bundesregierung, weil sie die Neuverschuldung einmalig und kurzfristig erhöht, stellt in ihren Leitanträgen aber umfangreiche ausgabenwirksame Ansprüche an den Bundeshaushalt. Die hysterischen Behauptungen der SPD, die Neuverschuldung des Bundes würde in diesem Jahr 45 Milliarden DM und 1989 50 Milliarden DM betragen, gehen fehl. Sie bezeichnetet die Neuverschuldung 1988 von knapp 40 Milliarden DM als „die höchste Neuverschuldung seit Bestehen der Bundesrepublik“, will jedoch damit vergessen machen, daß sie im Haushaltsentwurf für 1983 eine Neu-

verschuldung des Bundes von über 50 Milliarden DM vorgesehen hatte.

IV. Energiepolitik

Die SPD ist in der Energiepolitik nach wie vor zerstritten und sucht nach immer neuen Interpretationen ihres Ausstiegsbeschlusses auf dem Nürnberger Bundesparteitag von 1986.

Die Energiekommission der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD hält einen „Sofortausstieg aus der Kernenergie“ für unrealistisch. Ein Antrag, der „den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie“ fordert, wird als erledigt erklärt, und im wirtschaftspolitischen Leitantrag wird formuliert: „Der Ausstieg aus der Kernenergie schafft große Investitionschancen.“

Im Bericht der SPD-Kommission Energie- und Umweltpolitik findet sich eine Aussage, die sich angesichts der Kritik der SPD an den Verbrauchssteuererhöhungen gerade absurd liest. Die SPD fordert eine allgemeine Energiesteuer auf den „Verbrauch von Mineralöl und seinen Produkten, von Erdgas und von Strom.“ Dabei geht die SPD davon aus, daß „die Energiesteuer zwischen 2 und 4 Prozent des Bruttosozialprodukts betragen müßte“. Bei einem Bruttosozialprodukt von rund 2 000 Milliarden Mark würde dies eine zusätzliche Belastung von Unternehmen und Bürgern zwischen 40 und 80 Milliarden Mark im Jahr bedeuten. Hier macht die SPD ihrem Ruf als Steuererhöhungspartheid alle Ehre.

Auf der einen Seite wird der „Vorrang für deutsche Kohle“ gefordert. Auf der anderen Seite hat die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften am 28./29. April 1988 in Saarbrücken den Ausstieg aus der Elektroheizung als unrationellste, umweltschädlichste und teuerste Wärmeversorgungsform gefordert.

Wenn dieser Beschuß politisch umgesetzt würde, ginge der Kohle-Absatz um rund 7 bis 8 Millionen Steinkohleeinheiten zurück. Dies würde mehrere tausend Arbeitsplätze im deutschen Steinkohlebergbau zusätzlich gefährden. Diese Widersprüchlichkeiten sind das Ergebnis einer nach wie vor ungeklärten Position der SPD zur friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Ein weiteres energiepolitisches Kuckucksei hat der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm mit seiner Regierungserklärung gelegt, wenn er sich bei seiner Absicht, aus der Kernenergie auszusteigen, auf das Beispiel Dänemarks beruft und feststellt,

dab dort die Strompreise um über 20 Prozent niedriger liegen als bei uns. Die Gründe für diesen unbestreitbaren Preisvorteil liegen darin, daß die Dänen 94 Prozent ihres Stroms aus Importkohle produzieren. Würde dieser Plan bei uns verwirklicht, könnten nicht nur die Abnahmeverpflichtungen aus dem Jahrhundertvertrag nicht eingelöst werden, das wäre das Aus für die deutsche Steinkohle.

Der energiepolitische Zickzackkurs der SPD, der seit Jahren anhält, geht also auch nach dem Parteitag in Münster weiter. Niemand weiß: Ist es nun der Einstieg, der Ausstieg, der Umstieg oder der Durchstieg?

Mittelstand und Binnenmarkt

Der EG-Binnenmarkt ist vom Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) zum Schwerpunktthema der Arbeit für 1988 und 1989 gemacht worden. Bis zur dritten Direktwahl zum Europäischen Parlament, die für die Zeit vom 15. bis 18. Juni 1989 in den 12 Mitgliedsstaaten vorgesehen ist, werden alle Veranstaltungen auf Bundesebene schwerpunktmäßig unter dieses Leitthema gestellt:

● 27./28. Oktober 1988

Bundeskongress der Kreis- und Stadtverbandsvorsitzenden der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) in Bonn.

● 24. November 1988

Fachkongress des Beirates „Freie Berufe“ in Bonn.

● 5./6. Mai 1989

34. MIT-Bundeskongress in Frankfurt. Auch der diesjährige Kongress der Europäischen Mittelstands-Union EMSU vom

30. 9. bis 1. 10. 1988 steht unter dem Thema „Europäischer Binnenmarkt — Herausforderung für den Mittelstand“. Tagungsort: Baden bei Wien.

Europa im Medienblick

Anlässlich des „Medienmarktes 88“ in Düsseldorf, einer Messe der privaten Hörfunk- und Fernsehanbieter, veranstaltet die CDU am 29. August einen Medientreff, auf dem „Europäische Medienpolitik“ vorgestellt und diskutiert werden soll. Das Hauptreferat hält der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (und Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder) Bernhard Vogel („Die Zukunft des europäischen Medienmarktes“).

Wahltermine

Die nächsten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen finden am 1. Oktober 1989 statt; in Baden-Württemberg werden sie am 22. Oktober 1989 abgehalten. Das gaben jetzt die Innenministerien der betreffenden Länder bekannt.

Polizei mußte in einem Klima der Verunsicherung arbeiten

Die Diskussionen um die Folgen des Gladbecker Geiseldramas haben sich am Wochenanfang auf drei Punkte konzentriert: die Rechtspolitik in den sozialdemokratischen Bundesländern, die Praktiken des Hafturlaubs und die Anwendung des „finalen Rettungsschusses“.

Für den blutigen Ausgang des Geiseldramas von Gladbeck ist nach den Worten des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler auch das „politisch-psychologische Klima“ in den SPD-regierten Ländern Nordrhein-Westfalen und Bremen verantwortlich zu machen. Die SPD praktiziere eine Rechtspolitik, „in der offensichtlich Täterschutz vor Opferschutz geht“. Geißler verwies dabei auf die Handhabung des Hafturlaubs und das Fehlen der Vorschriften über den „finalen Rettungsschuß“. Das Ergebnis des Geiseldramas sei eine Katastrophe: Die beiden Geiselnnehmer seien am Leben, drei unschuldige Menschen seien tot. Einer der Geiselnnehmer sei vor zwei Jahren aus einem Hafturlaub nicht zurückgekehrt und habe seitdem „nur von der Polizei unentdeckt“ in Nordrhein-Westfalen leben können. Er sei als gemeingefährlich bekannt gewesen. Wenn solche Leute Hafturlaub bekämen, habe die Rechtspolitik versagt.

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte nach einer Sitzung des CDU-Präsidiums, der rechtsstaatliche Schutz der Bürger dürfe nicht länger dadurch gefährdet werden, daß verantwortliche Politiker der SPD durch unzureichendes Handeln die Arbeit der Polizei wirkungslos machen.

Zu diesem Thema schreibt der Polizeiexperte Ministerialdirektor a. D. Professor Dr. Manfred Schreiber unter dem Titel

„Die verunsicherte Polizei“ in der „Welt“ vom 22. August:

Das schreckliche Ende der Geiselnahme von Gladbeck und Bremen hat viele — glückliche und tragisch ausgegangene — Vorbilder. Die erste vergleichbare Gewalttat nach dem Kriege geschah 1971 in der Deutschen Bank in München. Hier zeigten sich die Folgen der „Abrüstung“ der Polizei, die aus der Sicht der Nachkriegsjahre verständlich war, aber Mißerfolge programmierte. Die Polizei hatte keine spezielle Rechtsgrundlage für den sogenannten finalen Todesschuß, sie konnte sich nur auf Nothilferechte berufen, wie sie jeder Mann zustehen. Das hatte zur Folge, daß jeder einzelne Polizist für sich entscheiden mußte, ob er die Voraussetzungen der Nothilfe als gegeben erachtete, um den tödlichen Rettungsschuß zu wagen. So konnte ein Vorgesetzter, der bei größeren Einsätzen Koordinierungsfunktionen haben muß, den Schuß des einzelnen Beamten weder verbieten noch befahlen.

Viele Bundesländer haben in ihren Polizeigesetzen diese unklare Gesetzeslage beseitigt, bis heute aber nicht die Länder Nordrhein-Westfalen und Bremen. Noch 1971 war rechtlich unklar, ob der Strafverfolgung oder der Rettung der Geiseln Vorrang zukam. Der Streit am Tatort des Jahres 1971 zwischen Polizei-Einsatzleitung und Staatsanwaltschaft wurde erst nach Jahren zugunsten der Geiselrettung beendet. Die vorherige Unsicherheit hat die Entschlossenheit der Polizei gewiß nicht gefördert.

In jenem August 1971 wurde die Entscheidung am Tatort gesucht, der Täter Rammelmeyer durch Kopfschuß getötet, der Mittäter Todorow festgenommen. Ram-

melmeyer konnte seine Geisel noch erschießen, denn der tödlich getroffene Täter war noch bis zu zehn Sekunden zu Reaktionen fähig. Die Ausrüstung der Polizei bestand damals aus antiquierten Waffen, die Munition hatte keine mannstoppende Wirkung. Zwischenzeitlich sind alle Polizeien umgerüstet; auch ein nicht tödlicher Treffer macht nun einen Täter sofort handlungsunfähig.

Im September 1972 erfolgte die Geiselnahme bei den Olympischen Spielen. Zwar war ein Jahr nach den Ereignissen in der Deutschen Bank die Schießausbildung etwas verbessert; spezielle Munition und Rechtsgrundlagen jedoch fehlten noch immer. Die am Tatort eingesetzten Beamten turnten mit ihren Trainingsanzügen auf den Häusern herum; von einer technischen Ausrüstung und Spezialbekleidung war keine Rede. Erst mit der Aufstellung der GSG 9 kurz nach den Spielen und mit der Bereitstellung vergleichbarer Kommandos (SEK) in den Bundesländern wurden die erforderlichen Ausbildungs- und Ausrüstungsmaßnahmen eingeleitet. In einigen Ländern wurde auch das Recht den neuen Verbrechensformen angepaßt.

Zwischenzeitlich haben sich alle Spezialkommandos von Bund und Ländern ausgezeichnet. Der Mogadischu-Erfolg der GSG 9 war das spektakulärste Ereignis, im Können und Glück der Kommandos strahlten auch die Innenminister. Leider hat der Wettbewerb zwischen den Bund- und Länderkommandos nicht nur die Leistungsfähigkeit erhöht, sondern auch das Konkurrenzdenken belebt.

Nach unserer föderalen Polizeistruktur hat der Bund keine originäre Zuständigkeit, die Länderkommandos konnten und wollten beweisen, was sie gelernt hatten. Sie waren der oft vorgeführte Stolz der Länder. Derweil verhalf die GSG 9 ausländischen Polizeien zu Einsatzkommandos. In den nächsten Wochen werden wieder

CDU-Präsidium: Schonungslose Aufklärung

Das Präsidium der CDU hat sich unter Leitung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, mit dem Geiseldrama der letzten Woche beschäftigt. Das Parteipräsidium erwartet von den zuständigen Behörden in Nordrhein-Westfalen und Bremen eine schonungslose Aufklärung aller Vorgänge, die zu dem blutigen Ausgang des Geiseldramas geführt haben. Diese Aufklärung ist umso dringlicher, weil von den zuständigen Behörden bislang wenig aufschlußreiche und teilweise sich widersprechende Erklärungen abgegeben wurden.

Das CDU-Präsidium stellte fest, daß die Einsatzkräfte der Polizei in den beiden Ländern ihre Aufgaben in einem politischen Klima der Verunsicherung und ohne ausreichende politische Rückendeckung erfüllen müssen. Der rechtsstaatliche Schutz der Bürger darf nicht länger dadurch gefährdet werden, daß verantwortliche Politiker der SPD durch unzureichendes Handeln die Arbeit der Polizei wirkungslos machen.

Parlamentsausschüsse, Ministerkonferenzen und Arbeitsgruppen Ursachen für das Desaster von Nordrhein-Westfalen und Bremen suchen. An Ausbildung, Ausrüstung und Können fehlt es weder den Bundes- noch den Länder-Einsatzkommandos. Aber es fehlt einigen Polizeien an der Entschlossenheit zum Handeln — die Polizeiführung und Beamten in verschiedenen Bundesländern bei verschiedenen Anlässen abgewöhnt wurde.

Wenn sich Sicherheitsbehörden (und Minister) wegen eines einzigen Lochs zur Täu-

Appell an die journalistische Verantwortung

An die besondere Verantwortung der Journalisten in extremen Situationen hat der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) erinnert. Die Journalistengewerkschaft mahnte ihre Mitglieder, sich nicht ungewollt zu Handlangern von Kriminellen machen zu lassen und bei ihrer journalistischen Arbeit auch jene möglichen Folgen zu berücksichtigen, die das Medienspekakel bei Gewalttätern auslösen kann.

Anlaß zu diesem Appell der größten bundesdeutschen Journalistengewerkschaft bot das Drama um die Geiselnehmer von Gladbeck und die Rolle, die Journalisten in diesem Fall eingenommen haben.

Der DJV hält es für mehr als problematisch, wenn Journalisten durch Telefon- und Live-Interviews sowie durch andere direkte Kontaktaufnahmen zu den Entführern unmittelbar in den Kriminalfall eingreifen.

Es sei zum einen in solchen Fällen nicht abzuschätzen, wie sich dieser Kontakt und die unvermittelte Medienpopularität auf die Bereitschaft der Kriminellen auswirke, weitere Gewalt auszuüben, zum anderen sei es unerträglich, daß der Eindruck erweckt werde, als leisteten die Medien einen Beitrag dazu, Gewalttäter hoffähig zu machen.

Journalisten sollten — bei Wahrung ihrer Informationsaufgaben — nicht dazu beitragen, daß aus einem Kriminalfall ein sensationslüsternes „Millionenspiel“ unter anderen Vorzeichen entstehe. Bei allem verständlichen Bemühen um Exklusivität dürfe der Konkurrenzkampf zwischen den Medien nicht dazu führen, daß ethische Bedenken beiseite gekehrt und ein anarchisches Klima gefördert werden.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)
schung von Terroristen in der Gefängnismauer von Celle jahrelang vor Untersuchungsausschüssen verantworten müssen, werden sie nur mehr dünne Bretter bohren. Wenn der sogenannte Hamburger Kessel zur Verurteilung und Ablösung von Polizeibeamten führt, schreitet man besser nicht mehr ein, sondern „begleitet“ nur. Wenn in der Hamburger Hafenstraße fortgesetzt Rechtsbrüche hingenommen werden, überläßt man es den Fremdenverkehrs-Bussen, diese Kuriosität anzufahren. Wenn das Land Bremen seine Bereitschaftspolizei praktisch auflöst, Nordrhein-Westfalen jede Art von Sicherheitsgesetzen ablehnt und sie dazu die Zustimmung der Gewerkschaft der Polizei erhalten, wenn Teile der FDP ein maßloses Bündel von Datenschutzregelungen gegen die Polizeiarbeit fordern, dann lähmt das die Entschlußfähigkeit aller Beamten. Das sind die wesentlichen Gründe, warum in manchen Ländern bei Gewaltkriminalität nicht entschlossen genug eingeschritten wird.

Hier soll nun nicht dumpfer Entschlossenheit das Wort geredet werden, sondern einer abgewogenen, an Risiko und Erfolg ausgerichteten Entscheidungsfähigkeit. Solange die Polizei aus ideologischen oder populistischen Gründen in ihren Rechten und Möglichkeiten beschnitten wird, ist sie im Extremfall trotz bester Ausbildung und Ausrüstung nicht handlungsfähig, nicht hinreichend motiviert. Die Politiker sollten sich nicht mit polizeitaktischen Fragen oder gar Schuldvorwürfen befassen; ihre erste Aufgabe ist es, den Polizeibeamten wieder Sicherheit zu geben. NRW-Innenminister Schnoor sollte sich jetzt nicht hinter seine Beamten, sondern im täglichen Handeln rechtzeitig vor sie stellen.

Klaus Töpfer:

Wir haben zum Schutz der Umwelt wichtige Schritte getan

In einem Gespräch mit dem „Stern“ zog Bundesumweltminister Klaus Töpfer eine Bilanz seiner bisherigen Maßnahmen gegen die Verseuchung von Boden, Luft und Wasser. Hier ein Auszug aus dem Interview.

Frage: Herr Töpfer, gehen Sie in der Nordsee baden?

Töpfer: Klar, wenn ich dort Urlaub machen würde. Und ich würde es auch meinen Kindern nicht verbieten. Nach den Analysen droht davon schließlich keine Gefahr.

Frage: Gehen Sie auch mit der Nordsee baden?

Töpfer: Umweltminister gehen immer ein hohes Risiko ein und haben eine vergleichsweise geringe Halbwertzeit. Ob ich mit der Nordsee baden gehe, wird wesentlich davon abhängen, wie wir politisch handeln.

Frage: Da geschieht nicht viel. Auch Ihr neues Nordsee-Programm ist so neu nicht.

Töpfer: Entweder der Umweltminister sagt, wir haben vorsorgende Politik betrieben, und verweist bei einer solch katastrophalen Situation auf die getroffenen Entscheidungen. Dann heißt es, er lasse sich nichts Neues einfallen. Oder er macht etwas Neues, dann wird ihm vorgeworfen, es sei unerträglich, daß Umweltpolitiker nur in Trab kämen, wenn das Kind schon im Brunnen liegt.

Frage: Stimmt das nicht?

Töpfer: Nein. Natürlich haben wir seit längerem Maßnahmen beschlossen. Jetzt geht es darum, sie zu beschleunigen. Es

ist ja nicht so, daß wir das Problem vorher nicht gesehen hätten. Wir haben allerdings das Ausmaß der Belastung, der die Natur durch unser Wirtschaftswachstum ausgesetzt ist, über viele Jahre hinweg unterschätzt. Die Lage ist dramatischer geworden, damit sind auch die nötigen Maßnahmen dringender, zugleich aber auch durchsetzbarer geworden.

Frage: Woran denken Sie?

Töpfer: Beispielsweise an die Dünnsäure-Verklappung und die Müllverbrennung auf See. Hier werden wir schneller vorankommen als bisher vorgesehen.

Frage: Warum kein sofortiger Stopp der Verklappung?

Töpfer: Das hilft der Nordsee überhaupt nicht. Dann wird die Titandioxid-Produktion, bei der die Dünnsäure anfällt, von Firmen in anderen Nordsee-Anrainern übernommen. Die Folge eines nationalen Verbots wäre also, daß die Nordsee länger durch Dünnsäure vergiftet wird. Denn einige unserer Nachbarn werden nicht wie wir schon 1989 mit der Verklappung aufhören. Ein EG-weiter Stopp zu diesem Zeitpunkt ist an Frankreich, Spanien und England gescheitert.

Frage: Europa also wieder einmal als Alibi für Untätigkeit?

Töpfer: Ganz und gar nicht. Wir handeln früher. Zum Stopp der Verklappung sind bei uns längst Investitionen eingeleitet. Hier kann ich nicht einfach durch politische Kommandos eine Beschleunigung befehlen, die das Problem vor 1989 lösen würde.

Frage: Bis Ihr Nordseeprogramm greift, lebt keine Robbe mehr.

Töpfer: Für den Vollzug der Wassergesetze sind die Länder und die Kommunen zuständig. Was wir tun konnten, haben wir getan. Wir haben die zeitlichen Vorgaben, beispielsweise für den Bau verbesselter Kläranlagen, sehr verkürzt. Aber wenn sie etwas bauen, dauert das eben.

Frage: Bezahlen sollen das Nordsee-Programm die Bürger. Die 14 Milliarden für neue Kläranlagen werden auf die Abwasserkosten umgelegt, dagegen soll die Industrie mit 5 bis 6 Milliarden davonkommen.

Töpfer: Da liegen Sie falsch. Einäugig bin ich nicht. Auch die Industrie ist über Wassergebühren an den 14 Milliarden beteiligt. Und wie hoch die Investitionen der Unternehmen sein müssen, können wir nicht abschließend sagen. Es ist keinesfalls so, daß nur der kleine Mann die Zeche zahlen muß.

Frage: Aber das Verursacher-Prinzip wird auf den Kopf gestellt.

Töpfer: Das ist Quatsch. Wir müssen endlich klarmachen, daß Umwelt ein Produktionsfaktor ist. Bislang haben wir sie zum Nulltarif genutzt, in den Kosten nicht berücksichtigt. Wenn Umweltschutz aber in die Kostenrechnung aufgenommen wird, muß das bei der Preisbildung der Unternehmen berücksichtigt werden. Das gleiche gilt für städtische Leistungen, für die Gebühren bezahlt werden müssen. Also auch für das Wasser.

Frage: Aber verdreckt wird das Wasser vor allem von der Industrie ...

Töpfer: ... auch von den Haushalten und von der Landwirtschaft. Und außerdem sind Verursacher immer auch die Käufer der Produkte.

Frage: Sie wollen doch nicht ernsthaft die

Konsumenten für alles verantwortlich machen.

Töpfer: So kann man natürlich mißverstanden werden. Wenn es so wäre, warum ist dann die Wirtschaft so außerordentlich besorgt wegen unserer Umweltpolitik. Wir belasten natürlich die Industrie ...

Frage: ... und die gibt die Kosten an die Verbraucher weiter.

Töpfer: Wenn der Wettbewerb das erlaubt. Das ist legitim.

Frage: Der Eindruck bleibt, daß Sie die Industrie mit Samthandschuhen anfassen.

Töpfer: Also, mich als Industriefreund zu bezeichnen ist etwas mutig. Aber ich mache kein Geheimnis daraus. Ich will lieber umweltpolitische Ziele mit Unterstützung möglichst vieler erreichen als mit einem Crash-Programm gegen möglichst viele.

Frage: Warum machen Sie dann nicht endlich ein Ende mit dem Verkauf phosphathaltiger Waschmittel, die unser Wasser belasten?

Töpfer: Ein gutes Beispiel. Wir hatten Mitte der 70er Jahre etwa 280 000 Tonnen Phosphat pro Jahr in den Waschmitteln. Wir liegen jetzt unter 80 000. Das Verbot ist also nicht mehr nötig, weil der Trend ohnehin zu phosphatfreien Mitteln geht.

Frage: Tatsache bleibt, daß die Einleitung von Phosphaten jahrelang hingenommen wurde.

Töpfer: Wir haben zwar eine Minderung durchgesetzt, aber zu langsam, so daß sich die Summe der Schadstoffe so katastrophal auf die Nordsee auswirken konnte. Im übrigen sorge ich mich, welcher Stoff das Phosphat ersetzt. Wir haben beispielsweise immer Treibgas in Spraydosen als völlig unproblematisch angesehen, heute wissen wir, daß es die Ozonschicht zerstört.

Frage: Danke für das Stichwort. Nicht mal beim Treibgas können Sie sich zu einem Produktionsverbot entschließen.

Töpfer: Aus rechtlichen Gründen kann ich in der EG nicht im Alleingang Stoffe verbieten. Dennoch wird die Industrie im nächsten Jahr ganz auf Fluorchlorkohlenwasserstoff als Treibgas in Spraydosen verzichten. 1986 wurden 26 000 Tonnen verbraucht, im Halbjahr 1988 nur noch 2 600 Tonnen, und 1989 ist das Problem bewältigt.

Frage: Die Probleme Nordsee und Ozonloch zeigen Ihr Dilemma. Mal sind Sie auf die Zustimmung der Länder angewiesen, mal auf den guten Willen der Industrie. Die EG macht Ihnen zusätzlich das Leben schwer. Haben Sie als Umweltminister überhaupt Kompetenzen?

Töpfer: So ist es nun auch wieder nicht. Wir können Gesetze vorlegen und auf deren Grundlage in Verwaltungsvorschriften den Stand der Technik vorschreiben. Das ist bindend. Wir haben ein gesetzliches Instrumentarium, und das nutzen wir.

Frage: Umweltminister Töpfer ist also mit seinen Kompetenzen zufrieden?

Töpfer: Nein, natürlich sind Ergänzungen erforderlich. Wir brauchen die Umweltverträglichkeitsprüfung und ein neues Bundesnaturschutzgesetz, wir brauchen ein neues Chemikaliengesetz und klare Vorschriften zur Abfallbeseitigung.

Frage: Was haben Sie denn erreicht in Ihrer 15monatigen Amtszeit?

Töpfer: Wir haben ein neues Störfallrecht, das uns erstmals eine Art Umwelt-TÜV mit externen Sachverständigen ermöglicht. Wir haben die Verordnung für Kleinfeuerungsanlagen durchgesetzt. Eine wichtige Sache, die etwa 80 000 Tonnen Schwefeldioxid erspart...

Frage: ... aber das Waldsterben nicht beendet.

Töpfer: Jetzt lassen Sie mich mal ausreden, damit Sie nicht meinen, dies sei schon die gesamte Bilanz. Wir haben nach dem Hanauer Atomskandal ein tiefgreifendes Konzept zur Neuordnung der Kernenergie-Wirtschaft erreicht. Wir haben das Bundesamt für Strahlenschutz beschlossen. Wir haben den ersten Teil der Technischen Anleitung Abfall auf den Weg gebracht und noch mehr.

Frage: Das klingt, als ob Sie zufrieden sind.

Töpfer: Ich bin es aber nicht. Der Umweltminister, der meint, er könne mit dem Erreichten zufrieden sein, ist sein Geld nicht wert. Aber wir haben wichtige Schritte getan.

Zerstörung von Telefonhäuschen kostet die Post fast 20 Millionen DM

19,6 Millionen DM mußte die Deutsche Bundespost 1987 für die Beseitigung von Schäden an öffentlichen Münztelefonen und Telefonhäuschen ausgeben. Das sind ca. 3,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor, als die Schadenssumme 20,3 Millionen DM betrug. Außerdem rechnet die Post mit einem Gebührenausfall von 2,8 Millionen DM. Die Zahl der Schadensfälle ist von 125.000 auf fast 132.000 gestiegen. Der Umfang der Beschädigungen hat im Laufe der Jahre stetig zugenommen. Während die Zahl der Münzfernspender von 1977 bis 1987 von 114.000 auf 135.000, also um 18,5 Prozent anstieg, ist die Zahl der Schadensfälle mit 132.000 fast dreimal so hoch wie vor 10 Jahren, als 51.000 Fälle von Beschädigungen registriert wurden. Die jährliche Schadenssumme ist in diesem Zeitraum von 8 auf fast 20 Millionen DM angewachsen.

Bundesregierung hilft den älteren Landwirten

In Bonn stellte Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle den Gesetzentwurf zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit vor. Damit ist eine weitere wichtige Komponente der Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik beschlossen worden. Für unsere Landwirte besteht nun eine weitere Möglichkeit, sich an der Produktionsrückführung und dem Abbau der landwirtschaftlichen Überschüsse gegen einen gesicherten Einkommensausgleich zu beteiligen. Der vorliegende Gesetzentwurf bedeutet jedoch nicht nur eine Entlastung der Märkte, sondern die Bundesregierung will damit auch eine verbesserte Struktur der verbleibenden landwirtschaftlichen Betriebe erreichen.

Bei der Neuorientierung der gemeinsamen EG-Agrarpolitik ist es der deutschen Delegation gelungen, das in erster Linie auf Preissenkung ausgerichtete Konzept der EG-Kommission zur Anpassung der Erzeugung an den Marktbedarf wesentlich zu entschärfen. Ein wichtiger Schritt dazu war die im April vom Agrarministerrat verabschiedete Verordnung zur Stilllegung und Extensivierung von Ackerflächen. Bund und Länder haben sich anschließend über die nationale Finanzierung und Umsetzung der Maßnahmen zur Flächenstilllegung geeinigt. Von den Landwirten können hierzu bereits Anträge gestellt werden. Mittlerweile liegt auch die schriftliche Zustimmung der EG-Kommission zu den deutschen Förderungsgrundsätzen vor. Mit dem Gesetzentwurf zur Produktionsaufgabenrente hat nun das Bundeskabinett eine

weitere Komponente der europäischen Agrarpolitik innerhalb kürzester Zeit auf nationale Ebene umgesetzt.

Landwirtschaftliche Unternehmer, die 58 Jahre oder älter sind, werden nach der Gesetzesvorlage eine Produktionsaufgabenrente in Höhe der erworbenen Altersgeldanwartschaft unter der Voraussetzung erhalten, daß sie ihre Fläche (bis auf einen Rückbehalt zur Eigenversorgung) entweder

- an andere Landwirte verpachten oder für Zwecke des Umwelt- und Naturschutzes abgeben oder
- gegen eine Flächenzuschlagsrate in Höhe von 150 bis 600 DM/ha je nach Ertragswert stilllegen.

Jeder Landwirt kann selbst entscheiden, welche Alternative er wählt.

Verfügt der Landwirt über Milchproduktionsrechte, so kann er diese entweder

- gegen Gewährung der Milchrente an den Bund zum Abbau des Quotenübersangs abtreten oder

● für die Dauer der Stillegung aussetzen. Entscheidet sich der Landwirt für die Aussetzung, so wird der Flächenzuschlag halbiert. Überträgt er seine Flächen mit den Milchlieferrichten an einen anderen Landwirt, so soll die derzeitig an den Bund fallende Quote von 20 % auf 50 % erhöht werden. Hierzu muß jedoch noch die Milchgarantiemengen-Verordnung geändert werden.

Landwirte, die sich für die Inanspruchnahme der Produktionsaufgabenrente entschließen, erhalten auch eine umfangreiche soziale Absicherung. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung stehen ihnen die gleichen Leistungen wie einem

Mittelstand begrüßt Verschärfung des Kartellgesetzes

Zum Beschuß der Bundesregierung zur Novellierung des Kartellgesetzes erklären der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) und Berliner Senator für Wirtschaft und Arbeit, Elmar Pieroth und der Vorsitzende der Wettbewerbskommission des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesmittelstandsvereinigung der CDU/CSU, der

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Altersgeldempfänger zu. Die Aufwendungen trägt, mit Ausnahme des Eigenbetrages, der Bund. Ebenso werden die Beträge zur gesetzlichen Altersversicherung und landwirtschaftlichen Unfallversicherung bei Flächenstillegung vom Bund weitergezahlt. Landwirtschaftliche Arbeitnehmer und mitarbeitende Familienangehörige erhalten ein Ausgleichsgeld in Höhe von 65 Prozent ihres bisherigen Bruttoarbeitsentgelts. Ihre Beträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und den Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Krankenversicherung trägt auch hier der Bund.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung wird das Gesetz zum 1. Januar 1989 in Kraft treten und für Neuanträge auf drei Jahre begrenzt sein. Die Durchführung soll von den landwirtschaftlichen Alterskassen in enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftsverwaltung der Länder erfolgen.

Für die Verwirklichung dieser Maßnahme wird der Bund eine Leistungsaufwendung von rd. 1 Mrd. DM bereitstellen.

Bundestagsabgeordnete Winfried Pinger:

Wir begrüßen den Beschuß der Bundesregierung, das Kartellgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verschärfen. Damit besteht Aussicht, daß endlich der ruinöse Verdrängungswettbewerb gestoppt und der leistungsfähige Mittelstand vor wettbewerbswidrigen Praktiken der Großunternehmen geschützt wird. Die Wiederherstellung der Chancengleichheit für mittelständische Betriebe kann den gefährlichen Konzentrations-trend im Handel aufhalten.

Wenn der Gesetzgeber jetzt nicht tätig wird, werden im Lebensmitteleinzelhandel nur 5 oder 6 Handelsgiganten übrigbleiben. Damit wird sich die Versorgung der Bevölkerung noch weiter verschlechtern. Schon seit langem zeichnet sich ab, daß die Geschäfte der Nahversorgung wegsterben, die Qualität der Produkte zurückgeht und die Sortimentsbreite abnimmt.

Durch die Novelle wird ein Beitrag zur Sicherung des fairen Leistungswettbewerbs in unserer Wirtschaft erbracht, indem vor allem die Nachfragemacht großer Handelsunternehmen im Rahmen der Fusionskontrolle besser erfaßt sowie unbillige Praktiken des Verdrängungswettbewerbs effektiver bekämpft werden können. Nicht zuletzt mit Blick auf Europa bringt die Novelle schließlich auch wichtige Fortschritte bei der Anpassung der Ausnahmebereiche des Kartellgesetzes an EG-Recht. Insbesondere die Regeln für Banken und Versicherungen sollen vom Prinzip der Mißbrauchsaufsicht auf das europäische Verbotsprinzip umgestellt werden.

Europäisch denken und handeln

Der europäische Binnenmarkt verlangt eine konsequenteren Wirtschaftspolitik und gibt Impulse für den Mittelstand, erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Senator Elmar Pieroth, auf einer Pressekonferenz in Bonn.

Alle notwendigen Maßnahmen zur Dynamisierung unserer Wirtschaft werden durch die Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 nur noch notwendiger. Unsere wirtschaftspolitischen Ziele müssen deshalb bis 1992 voll umgesetzt werden, damit die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ihre Stärken noch besser entfalten kann. Noch schöpft sie ihr Potential bei weitem nicht aus.

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ist eine Herausforderung insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen und ist dadurch ein großartiges Wachstum- und Beschäftigungsprogramm. Um europaweit wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir:

- die Lohnzusatzkosten senken,
- die Unternehmensbesteuerung reformieren,
- den Subventionsabbau weiterführen,
- die Flexibilisierung sowohl der Tarifverträge nach Branchen und Regionen als auch der Maschinenlauf- und Arbeitszeiten durchsetzen,
- den Wettbewerb stärken und da wiederherstellen, wo er nicht existiert,
- die permanente und intensive Qualifizierung der Arbeitskräfte sichern und ausbauen.

In der sechsmonatigen deutschen Ratspräsidentschaft ist erfolgreich ein gutes Stück auf dem Weg zur Vollendung des gemeinsamen Marktes zurückgelegt worden, und zwar durch

- die Beschlüsse über die Liberalisierung

der Kapitalmärkte und des Güterverkehrs,

- die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen sowie
- die Öffnung der staatlichen Beschaffungsmärkte.

Damit sind heute bereits mehr als ein Drittel der im Weißbuch der Kommission vorgesehenen Maßnahmen getroffen bzw. in Gesetzestexte gefaßt. Dies beweist die gewaltige Schubkraft der EG. Dadurch ist der Prozeß der Schaffung eines EG-Binnenmarktes bereits soweit fortgeschritten, daß er heute unumkehrbar geworden ist.

Die Bundesrepublik muß beim Niedertreten der Grenzen in Europa nach dem Erfolg des Bundeskanzlers im ersten Halbjahr weiter die Führung behalten.

An die kleinen und mittleren Unternehmen geht deshalb der Appell, sich Europa zu erschließen. Dazu müssen sie

- im Strukturwandel mithalten, sich neue Markt- und Sprachkenntnisse aneignen,
- im europaweiten Wettbewerb insbesondere solche regionalen Chancen suchen, die sie bei weiterer Expansion europaweit vermarkten können,
- verstärkt überregionale Kooperationen eingehen bzw. europaweit Partner suchen oder eigene Absatzorganisationen aufbauen,
- die Berufsbildung sollte möglichst zweisprachig angegangen werden, mit einem 3. Lehrjahr in einem ausländischen Partnerbetrieb,
- die betriebliche Weiterbildung forcieren: lebenslanges Lernen auch im EG-Ausland muß Realität werden.

Der europäische Binnenmarkt gehört dem, der sich darauf einstellt. Die Großunternehmen sind schon in Europa: Für die kleinen und mittleren Unternehmen bedeutet Europa neue Chancen.

Gerhard Stoltenberg

Energiepolitische Pläne der Kieler SPD-Regierung führen in die Sackgasse

Der Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holsteins, Bundesminister Gerhard Stoltenberg, erklärte am 22. August auf einer Pressekonferenz in Kiel u. a.: Der Plan der SPD-Landesregierung, durch einseitige Auslegung und Anwendung der bundesrechtlichen Bestimmungen zur Kernenergie kurzfristig die Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein stillzulegen, würde im Ergebnis die Strompreise in diesem Land nachhaltig erhöhen, die Kostenbedingungen und die Voraussetzungen für neue Investitionen und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze erheblich verschlechtern.

Vor allem aber würde dieser Kurs unvertretbare Umweltbelastungen mit sich bringen. Die in den vergangenen Jahren erzielten Erfolge bei der Erweiterung vorhandener und der Ansiedlung neuer Unternehmen würden bei der Verwirklichung der Pläne der schleswig-holsteinischen Landesregierung ernsthaft gefährdet. Milliarden Investitionen in die Kraftwerkskapazität des Landes müßten abgeschrieben werden, mit der möglichen Folge entsprechender Schadensersatzansprüche an den Landeshaushalt.

Dieses umstrittene Konzept geht von einer unzutreffenden Bewertung der Rechtsgrundlagen, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten der Bundesregierung und der Landesregierung aus.

In Schleswig-Holstein ist die Kernenergie in den letzten Jahren mit einem Anteil von fast 90 Prozent (1987 87,2 Prozent) an der Stromerzeugung zu einem der wichtigsten Energieträger geworden. Durch

den Ausbau der Kernenergie konnte nicht nur der im Vergleich zum Bundesgebiet überproportionale Anstieg des Stromverbrauchs im Land (Anstieg 1973 bis 1986 im jährlichen Durchschnitt + 3,5 Prozent gegenüber dem Bundesgebiet: + 2,5 Prozent) gedeckt, sondern auch die Stromversorgung Hamburgs gesichert werden. Für die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins, das über keine eigenen Energieträger verfügt und das trotz großer Erfolge immer noch einen Nachholbedarf in der Entwicklung seiner gewerblichen Wirtschaft hat, waren die günstigen Strompreise ein entscheidender Faktor.

Dies hat wesentlich dazu beigetragen, daß Schleswig-Holstein in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit den Abstand zum übrigen Bundesgebiet verringern konnte. Während im Jahr 1975 der Strompreis für Industrieunternehmen in Schleswig-Holstein mit 14,9 Pfennig pro Kilowattstunden noch um rund 1 1/2 Pfennig über dem Bundesdurchschnitt (13,3 Pf/kWh) lag, betrug der Abstand Anfang dieses Jahres nur noch 0,1 Pfennig.

Demgegenüber mußten andere Bundesländer, die weitgehend auf den Einsatz von Kernenergie verzichten, weit überproportionale Erhöhungen ihrer Strompreise hinnehmen. So lag in Nordrhein-Westfalen (Kernenergieanteil: 3,6 Prozent) der Anstieg der Industriestrompreise im jährlichen Durchschnitt 1976 bis 1988 bei 4,5 Prozent, während es in Schleswig-Holstein nur 2,3 Prozent waren. Dies hatte im Vergleich zu Schles-

wig-Holstein eine ungünstigere Entwicklung in den Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten zur Folge.

Eine Verwirklichung der Pläne der SPD-Landesregierung hätte drastische Folgen auch für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Umweltsituation im Land. Zunächst einmal müßten Investitionen von fast 8 Milliarden DM für eine Kernkraftwerksparkapazität von fast 3.500 Megawatt (Engpaßleistung) durch neue Anlagen ersetzt werden. Es reicht dabei nicht aus, den Ersatzbedarf nur an dem Spitzenverbrauch in Schleswig-Holstein zu orientieren. Vielmehr müßte der bisher aus Kernkraft gedeckte Bedarf Hamburgs dort oder in Schleswig-Holstein mit gewährleistet werden. Um die jetzige Kernkraftkapazität zu ersetzen, müßten nicht drei, sondern sechs Kohlekraftwerke von rund 600 Megawatt mit einem Investitionsvolumen von etwa 7 Milliarden DM gebaut werden.

Das Konzept der Landesregierung würde bei Ersatz der Kernenergie durch die Stromerzeugung heimischer Kohle die Strompreise in Schleswig-Holstein um bis zu 30 Prozent erhöhen. Für die Industrie und die privaten Haushalte Schleswig-Holsteins bedeutete dies zusätzliche Ausgaben von bis zu 700 Millionen DM jährlich, unter Einschluß von Hamburg um

bis zu 1,5 Milliarden DM. Das wäre eine schwerwiegende Standortverschlechterung für die beiden nördlichsten Bundesländer.

Der Ersatz des in Schleswig-Holstein erzeugten Atomstroms durch die Verbrennung von Steinkohle würde den Einsatz von jährlich rund 7½ Millionen Tonnen Steinkohle erfordern. An zusätzlichen Umweltbelastungen ergäben sich hieraus — auch bei Anwendung der geltenden Abgasentgiftungsvorschriften — etwa folgende jährliche Mehrbelastungen der Umwelt:

Schwefeldioxid: 40.000 t

Stickstoffoxide: 20.000 t

Kohlendioxid: 20 Millionen t.

Senioren-Union wächst

In den sechs bestehenden Landesverbänden der Senioren-Union gibt es mittlerweile nahezu 60.000 Mitglieder, darunter auch zahlreiche Nicht-CDU-Mitglieder. Die Mitgliedszahl wird voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres erheblich steigen, wenn in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen ebenfalls die Senioren-Union gegründet wird.

Neues CDU extra

Ab nächster Woche steht Ihnen wieder ein aktuelles Verteilmittel zur Verfügung, ein 8seitiges, 4farbiges CDU extra zum gewohnt günstigen Preis von 10 Pfennigen. Sie können es schon jetzt beim

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold bestellen.

Bestell-Nr.: 2099

Mindestabnahme: 250 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM zuzügl. MwSt.

■ TERMINE

- 2. 9. Frauen-Union Hessen
Vorstand, Gießen
- 2./3. 9. Frauen-Union
Norddeutsche Frauenkonferenz,
Berlin
- 3. 9. KPV Rheinland-Pfalz
Landestag, Kaiserslautern
- 3. 9. Frauen-Union Saar
„Für Kinder bleibt noch viel zu
tun“, Saarlouis
- 5. 9. CDU-Präsidium
Sitzung, Bonn
- 5. 9. CDU-Bundesvorstand
Sitzung, Bonn
- 7. 9. KPV Bund
Fachausschuß „Umwelt und
Naturschutz“, Bonn
- 8. 9. CDU NRW
LFA „Wirtschaftspolitik“,
Düsseldorf
- 8. 9. KPV Bund
Kommission: „Innerdeutsche
Städtepartnerschaften“, Bonn
- 9. 9. Junge Union Niedersachsen
Vorstand, Hannover
- 9. 9. Junge Union NRW
Vorstand und Kreisvorsitzenden-
konferenz, Lübbecke
- 9. 9. LV Baden-Württemberg
Kreisvorsitzendenkonferenz, Heil-
bronn
- 10. 9. LV Baden-Württemberg
Ortsvorsitzendenkonferenz, Bad
Wimpfen
- 10. 9. Frauen-Union Hessen
Mandatsträgerinnenkonferenz,
Bad Nauheim
- 10. 9. Junge Union NRW
5. NRW-Tag, Lübbecke
- 11. 9. CDA Bund
Bundessozialsekretärskonferenz,
Berlin
- 12. 9. CDA Hamburg
Vorstand und Delegierten-
versammlung, Hamburg
- 12. 9. CDU-Bundesausschuß
Sitzung, Bonn
- 12. 9. KPV Bund
Fachausschuß „Jugend, Familie,
Soziales“, Bonn
- 16./17. 9. CDA Schleswig-Holstein
Jahreskongreß und Neuwahl, Kiel
- 19. 9. EAK Bund
Bundesvorstand, Bonn



Neue Aufkleber

Das neue Signet der Frauen-Union und das Signet der neugegründeten Senioren-Union sind jetzt beim IS-Versandzentrum als Aufkleber erhältlich.

Aufkleber: Frauen-Union

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM
Bestell-Nr.: 9081

Aufkleber: Senioren-Union

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM
Bestell-Nr.: 9080
Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bestellungen über das

**IS-Versandzentrum
Postfach 1326
4808 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wir senken die Steuern

**10 Pluspunkte
der Steuerreform**



- | | |
|----|-----------------------------------|
| 1 | Mehr Wachstum und Wohlstand |
| 2 | Neue Arbeitsplätze |
| 3 | Mehr Kaufkraft |
| 4 | Entlastung niedriger Einkommen |
| 5 | Entlastung der Familien |
| 6 | Entlastung des Mittelstandes |
| 7 | Leistung lohnt wieder |
| 8 | Stabilisierung der Weltwirtschaft |
| 9 | Überschaubares Steuersystem |
| 10 | Abbau direkter Steuern |

Taschenbroschüre

Bestell-Nr.: 2008

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 11,— DM

UiD

25/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.